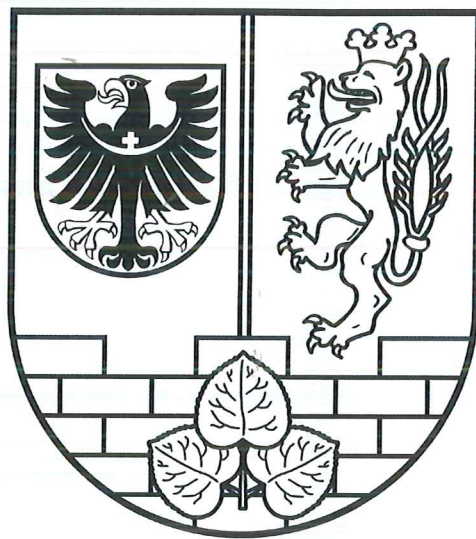


Landkreis Görlitz



**Vereinbarung des Landkreises Görlitz zum
Umgang mit dem Schutzauftrag bei Kindeswohl-
gefährdung**

Vereinbarung des Landkreises Görlitz mit dem Träger – Hillersche Villa e.V.- zum Umgang mit dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Präambel

Die Achtung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit und Unantastbarkeit der Würde des Menschen hat eine besonders hohe Bedeutung für Kinder und Jugendliche. Weltweit ist dieses Ziel in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989, der die Bundesrepublik Deutschland 1992 modifiziert beigetreten ist, festgeschrieben. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdungen für ihr Wohl ist nach § 1 SGB VIII eine gemeinsame Aufgabe von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe.

§ 1 Rechtsgrundlage

§ 8 a Abs. 2 sowie § 72 a Satz 3 Achten Buch Sozialgesetzbuch - Kinder und Jugendhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Artikel 105 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586).

§ 2 Geltungsbereich

Diese Vereinbarung gilt für alle Einrichtungen und Dienste des Trägers, die im Landkreis Leistungen nach dem SGB VIII erbringen.

§ 3 Anliegen

Der Umgang mit Kindeswohlgefährdung umfasst deren Feststellung und Prüfung, die Beratung und die Beteiligung der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Eltern, sowie die Einleitung von Maßnahmen zur Gefährdungsabwehr (Näheres in der Anlage 1 zur Vereinbarung).

§ 4 Verfahrensweg

4.1. Erhält eine Fachkraft des Trägers bzw. eine Person, der Schutzbefohlene anvertraut werden, gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen, so teilt sie dies unverzüglich der zuständigen Leitungsperson mit.

4.2. Die zuständige Leitungsperson organisiert eine Fallberatung, in dem eine Risikoabschätzung unter Hinzuziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft vorgenommen wird. Vorrangig sind erfahrene Fachkräfte des eigenen Trägers hinzuzuziehen.

4.3. Im Verlauf der Beratung wird, wenn die Risikoabschätzung im Ergebnis zu einer drohenden bzw. bereits eingetretenen Kindeswohlgefährdung tendiert, festgelegt, wer in welchen Schritten und welchem Zeitraum mit dem Kind/Jugendlichen und den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten den wirksamen Schutz des Kindes bzw. Jugendlichen organisiert (Schutzplan). Dabei sind geeignete Maßnahmen und Hilfen zu entwickeln, die zu einer Beseitigung der Kindeswohlgefährdung

führen. Je nach Risikoabschätzung ist ein entsprechender Terminplan einzuhalten, der erforderlichenfalls eine Unverzüglichkeit der Maßnahmen gewährleistet.

4.4 Erweisen sich die angebotenen Maßnahmen oder Hilfen als nicht ausreichend, um die Gefährdung abzuwenden bzw. verweigern Personensorge- oder Erziehungsberechtigte bzw. die Betroffenen selbst die Mitwirkung, so informiert der Träger das Jugendamt, hierüber.

Detaillierte Erläuterungen zu diesen Sachverhalten finden Sie in der Anlage 1 zur Vereinbarung.

Eine Liste mit Namen und Adressen von erfahrenen Fachkräften im Landkreis aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die im Bedarfsfall kontaktiert werden sollen, steht ihnen zur Verfügung (siehe Liste Kinderschutzfachkräfte, welche mit dem derzeit gültigen Stand der Vereinbarung beigelegt ist). Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei Informationen an den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) bereits eine Einschaltung des Jugendamtes erfolgt, was gem. § 8a SGB VIII erst nach der internen Ressourcennutzung des Trägers und seiner Möglichkeiten erfolgen soll.

§ 5 Datenschutz

Der Träger sowie alle Verfahrensbeteiligten sind zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die sich aus den §§ 61 bis 65 SGB VIII ergeben, verpflichtet.
(näheres in der Anlage 1 zur Vereinbarung)


§ 6 Persönliche Eignung

Der Träger hat in seinen Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sicherzustellen, dass er nur Personen beschäftigt, die entsprechend § 72 a SGB VIII dafür persönlich geeignet sind.

§ 7 Salvatorische Regel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Klausel soll durch eine solche ersetzt werden, die dem Gewollten unter Beachtung der Zielsetzung des SGB VIII am nächsten kommt.

Görlitz, 28.04.2016


Elke Drewke
Leiterin der Verwaltung
des Jugendamtes

PF 300152
02806 Görlitz


Annett Scheibe
Vereinsvorsitzende

Klienebergerplatz 1
02763 Zittau